

KDFB – INFORMATIONEN 4/2008



Bundesverband

Bundesausschuss

- 2 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- 6 Beschlüsse des BAS

Ökumenischer Frauenkongress

- 6 Schöpfung aus Frauensicht
- 8 Frauen-Predigtpreis 2008

Geschäftsstelle/Vorstand

- 9 Frauenfriedenswallfahrt 2009
- 9 „Um Gottes Willen? Wir engagieren uns“
- 9 Gespräch mit Familienministerin von der Leyen
- 10 Neue Pressereferentin
- 10 45 Persönlichkeiten ins ZdK gewählt

Stiftung

- 11 Kuratorium tagte in Köln

Pressemitteilungen

- 12 KDFB fordert Erreichung der Millenniumsziele
- 12 Gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung

- 13 Frauenverbände fordern Hilfe für irakische Christen
- 14 KDFB unterstützt Kampagne „Frauen Macht Kommune“
- 14 90 Jahre Frauenwahlrecht
- 15 Elterngeld bei Teilzeit unattraktiv
- 16 Gewalt gegen Frauen bleibt aktuelles Thema
- 16 Keine verdeckten Steuererhöhungen für Familien !
- 17 KDFB fordert deutlichen Einsatz für den Klimaschutz
- 18 Neue Chancen durch ehrenamtliches Engagement
- 19 Menschenrechte sind auch Frauenrechte

Mitgliederzeitschrift

- 20 Themenvorschau 11/08 – 01/09

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesestraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner@t-online.de

Bundesausschuss

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

KDFB fordert Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt 24 Prozent weniger als Männer. Trotz guter Ausbildung und gleichwertiger Arbeit. Das muss anders werden, fordert der Frauenbund und ruft Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften auf, die Ursachen der Lohnlücke gemeinsam zu überwinden.

Warum bekommt der Mann auf dem Bau mehr Lohn als eine Frau, die im Pflegeberuf genauso schwer körperlich arbeitet? Warum wird die Arbeit von Technikern höher bewertet und besser entlohnt als die Arbeit von Erzieherinnen? Warum erreichen immer noch zu wenig Frauen gut dotierte Führungspositionen? Das waren Fragen, mit denen sich der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) bei seiner Studientagung am 24./25. Oktober in Bonn befasst hat.

Wenn Vera Wassermann, Referentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und Mitglied der gesellschaftspolitischen Kommission des KDFB, von dieser Lohnlücke spricht, dann schaut sie in ungläubige Gesichter. „Das gibt es doch nicht! Nein, nicht hier in Deutschland!“ Doch die Tatsache lässt sich nicht verleugnen. „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist in Deutschland immer noch keine Selbstverständlichkeit, obwohl Frauen und Männer dem Grundgesetz nach gleichberechtigt sind und es ein Verbot der Entgeltdiskriminierung gibt“, beschreibt KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach die Situation. Danach dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund ihres Geschlechtes nicht unterschiedlich behandelt werden. Dennoch verdienen Frauen deutlich weniger als Männer, trotz gleicher, teilweise sogar besserer Qualifikation und gleichwertiger Arbeit. 24 Prozent verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer, bestätigte das Statistische Bundesamt im August. Deutschland liegt damit europaweit auf dem viert-letzte Platz.

Vera Wassermann zeigte in ihrem Vortrag auf, wie unterschiedlich in Deutschland Arbeit bewertet und entlohnt wird, wenn sie überwiegend von Frauen oder überwiegend von Männern geleistet wird. Dafür gibt es viele Gründe: Gesellschaftlich werden Frauen immer noch eher als „Zuverdienerinnen“ gesehen, während Männern die Rolle des „Familienernährers“ zugeschrieben wird. Frauen wählen häufig „typische“ Frauenberufe, die schlechter entlohnt werden. Sie weisen wegen Kindererziehung und Pflege größere berufliche Unterbrechungen auf. Wiedereinsteigerinnen gelingt es häufig nicht, in die Position wieder einzusteigen, die sie bereits hatten. Außerdem seien Frauen oft bereit, für ein geringeres Entgelt zu arbeiten, um Familie und Beruf bzw. die Pflege von Angehörigen miteinander vereinbaren zu können. Das hat weitreichende Folgen bis hin zu geringeren Renten und Altersarmut von Frauen.

Die bestehende Entgeltungleichheit ist auch für Ministerialdirektorin Eva Maria Welskop-Deffaa, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, eines der zentralen gesellschafts- und frauenpolitischen Themen. Es sei eine Illusion zu glauben, es gäbe keine Frauendiskriminierung in der Gesellschaft und eine Gleichstellung sei bereits erreicht. „Im Unterschied zu den Erfolgsgeschichten der freiwilligen Vereinbarung der Bundesregierung mit der Wirtschaft zur Chancengleichheit in den Bereichen ‚Vereinbarkeit von Fami-

lie und Erwerbsarbeit' und ‚Verbesserung der Ausbildung von Mädchen und Frauen' hat sich bei Entgeltgleichheit und Frauen in Führungspositionen in den letzten Jahren wenig bewegt“, so die KDFB-Frau. Deshalb wollten Politik, Wirtschaft und Tarifpartner hier nun enger zusammenarbeiten und die Ursachen der Lohnlücke gemeinsam überwinden.

In Arbeitsgruppen erstellten die Teilnehmerinnen des Studientages eine Erklärung „Entgeltgleichheit – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (siehe folgenden Text). Darin fordert der KDFB von Betrieben, Unternehmen und Gewerkschaften eine genderkritische und transparente Überprüfung der Gehaltsstruktur sowie nachvollziehbare und überprüfbare Tarifverträge; eine einheitliche Bewertung von Frauen- und Männerarbeit sowie den Ausbau von flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeiten und Arbeitsplätzen. Unternehmen sollten sich selbst verpflichten, Fortbildungen während der Eltern- und Pflegezeit anzubieten. An Politikerinnen und Politiker richten sich die Forderungen, die Vätermomente bis hin zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit auszuweiten und die Regelung bei doppelter Teilzeit der Eltern zu überarbeiten; die Steuerklasse V abzuschaffen sowie eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte von 50 Prozent einzurichten. Zugleich appelliert der KDFB an Frauen, eine bewusste Berufswahl zu treffen und selbstbewusster Gehaltsforderungen zu stellen.

Gabriele Klöckner

Erklärung des Bundesausschuss:

„Entgeltgleichheit – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“

Der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) hat sich bei seiner Studientagung am 24./25. Oktober 2008 in Bonn mit dem Thema „Entgeltgleichheit – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ befasst. Als katholischer Frauenverband, zu dessen Zielen es gehört, „am Aufbau einer Gesellschaft und Kirche mitzuwirken, in der Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenleben“, nehmen wir das Spektrum weiblicher Biografien in den Blick und setzen uns für Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ein.

I. Fakten

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist in Deutschland immer noch keine Selbstverständlichkeit, obwohl Frauen und Männer dem Grundgesetz nach gleichberechtigt sind. 1985 hat sich die Bundesrepublik Deutschland gemäß des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau verpflichtet, alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen im Berufsleben zu treffen. Mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags (1997) muss Deutschland den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen sicherstellen. Das Verbot der Entgeltdiskriminierung ist zuletzt durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz 2006 geregelt worden. Danach dürfen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aufgrund ihres Geschlechtes nicht unterschiedlich behandelt werden. Dennoch verdienen Frauen in Deutschland deutlich weniger als Männer, trotz gleicher, teilweise sogar besserer Ausbildung und gleichwertiger Arbeit. Die EU-Kommission geht von einer durchschnittlichen Entgeltlücke von 22 Prozent aus, das Statistische Bundesamt benennt im August 2008 sogar 24 Prozent Unterschied. Damit liegt Deutschland europaweit – hier beträgt der Unterschied durchschnittlich 15 Prozent – auf dem viertletzten Platz. Hinzu kommt, dass dieser Einkommensunterschied zwischen den Ge-

schlechtern in Deutschland seit 1995 um ein Prozent angewachsen ist, während er sich europaweit um zwei Prozent verringert hat. Mit zunehmendem Alter steigt die Lohnlücke sogar von 15 Prozent bei den 30 – 34 Jährigen bis auf 31 Prozent bei den über 60 Jährigen.

II. Ursachen

Ursachen für diese Entgelt Differenzen sind strukturelle und kulturelle Faktoren, die sich gegenseitig verstärken:

- Frauen wählen häufig Berufe in Branchen, in denen überwiegend Frauen tätig sind und die geringer bewertet und schlecht entlohnt werden. Das gilt auch dann, wenn Frauen „neue“ Berufe oder Hierarchien erobern. So sinkt das allgemeine Lohnniveau im mittleren Management, wenn Frauen verstärkt entsprechende Positionen besetzen. Frauen weisen insbesondere aufgrund von Kindererziehung und Pflege größere berufliche Unterbrechungen auf. Wiedereinsteigerinnen gelingt es häufig nicht, in die Position wieder einzusteigen, die sie bereits hatten. Oft sind sie bereit, für ein geringeres Entgelt zu arbeiten, um Familie/Pflege und Beruf miteinander vereinbaren zu können.
- Frauen sind seltener in gut bezahlten Führungspositionen; es bestehen noch viele Vorurteile gegenüber Frauen vor allem in qualifizierten Positionen und männlich geprägten Branchen, sowie stereotype Vorstellungen, wie ein bestimmter Arbeitsplatz ausgefüllt werden muss; Frauen, die in Teilzeit arbeiten, haben kaum Chancen auf Führungsfunktionen.
- Gesellschaftlich werden Frauen immer noch eher als „Zuverdienerinnen“ gesehen, während Männern die Rolle des „Familienernährers“ zugeschrieben wird.
- Die Eingruppierung auf betrieblicher Ebene – abweichend vom Tarifvertrag, durch Nutzung von Spielräumen oder durch außertarifliche Entgelte – kann die geschlechtsspezifischen Unterschiede verstärken. Die Entwicklung der letzten Jahre hin zu mehr Projektarbeit, Outsourcing-Prozessen und Privatisierung, häufig verbunden mit dem Wegfall der Tarifbindung, verstärkt diese Tendenz. Denn dort, wo keine Tarifverträge gelten, sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede größer.

III. Forderungen

Um die Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern abzubauen, fordert der KDFB

(1) von Betrieben, Unternehmen und Gewerkschaften

- eine genderkritische und transparente Überprüfung der Gehaltsstruktur (Schweizer Modell LOGIB) sowie nachvollziehbare und überprüfbare Tarifverträge;
- eine einheitliche Bewertung von Frauen- und Männerarbeit;
- den Ausbau von flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeiten und Arbeitsplätzen;
- die Ermöglichung von alternierenden Arbeitsplätzen wie z.B. den Wechsel von Heim- und Büroarbeitsplatz, um somit die betrieblichen Anbindung zu garantieren;
- die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen auch in Leitungsfunktionen;
- die Sicherstellung von Kinderbetreuung durch Betriebskindergärten, Kooperationen mit Kinderbetreuungseinrichtungen oder betrieblich unterstützter Tagespflege;
- die Selbstverpflichtung, Fortbildungen während der Elternzeit/Pflegezeit anzubieten und dies zu familienfreundlichen Zeiten.

(2) von Politikerinnen und Politikern

- eine Ausweitung der Vätermomente bis hin zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit sowie die Überarbeitung der Regelung bei doppelter Teilzeit der Eltern (Anspruchsvverbrauch);
- die Abschaffung Steuerklasse V;
- die Anhebung des Ausbildungsniveaus im Sozial-/Pflegebereich sowie eine höhere Entlohnung;
- die Sicherstellung einer geschlechtssensiblen Berufsberatung - hierzu ist die aktive Zusammenarbeit der Agenturen für Arbeit mit lokalen gleichstellungspolitischen Akteuren zu fördern
- eine gendersensible Weiterqualifizierung der in der Beratung tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie dengerechte Materialien in der Berufsberatung;
- eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte von 50 Prozent.

Zugleich appelliert der KDFB an Frauen, aktiv und eigenverantwortlich zu handeln:

- durch eine bewusste Berufswahl, auch in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Berufe);
- durch ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber ihren Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen, indem sie unter dem Motto „Ich bin mehr wert“ selbstbewusst ihre Gehaltsforderungen stellen.

Ein gesellschaftlicher Wandel ist notwendig:

Entgeltungleichheit ist Folge von tradierten Rollenvorstellungen und festigt sie zugleich. Sie hat weitreichende Konsequenzen bis hin zu geringeren Renten und Altersarmut von Frauen.

Entgeltungleichheit hat aber noch mehr als eine ökonomische Dimension: Sie ist diskriminierend und transportiert die Botschaft, dass die Arbeit von Frauen weniger wert ist als die Arbeit von Männern. Hier sind nicht nur ArbeitgeberInnen und PolitikerInnen gefordert, sondern auch die Gesellschaft. Deshalb setzt sich der KDFB unter anderem für die Institutionalisierung des Equal-Pay-Day's ein, um in der Gesellschaft das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass gleichwertige Arbeit gleich entlohnt werden muss.

Der KDFB stärkt und ermutigt Frauen darin, ihre jeweiligen Begabungen zu entwickeln und ihre Lebens- und Berufsentscheidungen selbstbewusst zu treffen.

*Erklärung des KDFB-Bundesausschusses
Bonn, 24./25. Oktober 2009*

Weitere Beschlüsse des BAS

Klimaschutz

Der Bundesausschuss hat ein bundesweites Projekt zum Klimaschutz beschlossen, das zur Fastenzeit 2009 mit einer Postkartenaktion „7 Wochen mit ... einander in eine nachhaltige Zukunft“ starten soll. Die Postkarten werden Anfang nächsten Jahres zusammen mit begleitenden Informationen über die Zeitschrift verteilt und erreichen so jede Frauenbundsfrau. Mit der Postkarte werden die Mitglieder aufgefordert, konkrete Aktionsvorschläge zum Klimaschutz an die Bundesgeschäftsstelle zu schicken. Aus den Rücksendungen werden die kreativsten und interessantesten Ideen prämiert und für die Fastenaktion 2010 berücksichtigt. Es soll eine Projektgruppe eingerichtet werden, die die ganze Aktion entwickelt und begleitet. *gk*

Gendiagnostikgesetz

Der Bundesausschuss hat Änderungen im Entwurf zum Gendiagnostikgesetz gefordert. Das Gesetz soll genetische Untersuchungen bei Menschen sowie die Verwendung genetischer Proben und Daten regeln. Unter anderem geht es dabei auch um vorgeburtliche genetische Untersuchungen. Der KDFB fordert eine verbindliche Beratung vor der Untersuchung, bei der jede Schwangere unabhängig von der gewählten Untersuchungsart umfassend über die Chancen, Risiken und Grenzen der pränatalen Untersuchung aufgeklärt werden müsse. Dabei sollten auch mögliche Folgen eines positiven Befundes thematisiert werden. Sinnvoll sei, frühzeitig auf Unterstützungsangebote für das Leben mit einem behinderten Kind hinzuweisen, um werdende Eltern dafür zu sensibilisieren, dass es Alternativen gebe. Ein positiver Befund dürfe keinesfalls eine automatische Legitimation zum Schwangerschaftsabbruch nach sich ziehen. *gk*

Ökumenischer Frauenkongress

Schöpfung aus ökumenischer Frauensicht

Evangelische und katholische Frauen auf dem Weg nach Eden

„Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde; die Erde aber war wüst und wirr, Finsternis lag über der Urflut und Gottes Geist schwebte über dem Wasser.“ So beginnt die Schöpfungsgeschichte im Alten Testament. Hat Gott wirklich alles geschaffen? Oder ist die biblische Schöpfungsgeschichte nur ein Bild für das, was Menschen sich nicht erklären können? Entzaubern die Naturwissenschaften mit jeder neuen Erkenntnis diesen Schöpfungsakt? Ist Gott in seiner Schöpfung sichtbar, lenkt er sie oder hat er sie ganz in die Verantwortung der Menschen gestellt? Wie lesen Frauen die Schöpfungsgeschichte, welche Lebenserfahrungen verbinden sie damit?

Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Ökumenische Frauenkongress am 8. und 9. November in Augsburg, zu dem der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und der Evangelische Deutsche Frauenbund (DEF) eingeladen hatten. Er stand unter dem Thema „Auf dem Weg nach Eden – Zugänge zur Schöpfungsspiritualität“ und war seit 1988 der fünfte Kongress, den die beiden Frauenverbände gemeinsam veranstaltet haben.

Schöpfungsspiritualität sei ein ganz zentrales Thema von Frauen. Angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Umweltkrise gehe es um Lebensperspektiven, um die Sorge für nachwachsende Generationen und Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, so die Theologieprofessorin Margit Eckholt, Vorsitzende der Theologischen Kommission und hauptverantwortlich für die inhaltliche Ausrichtung des Kongresses.

In ihrer Einführung hoben Dr. Elfriede Schießleder, Vizepräsidentin des KDFB, und Inge Gehlert, Vorsitzende des DEF, die Bedeutung des Kongresses als Zeichen gelungener Ökumene hervor. Die Thematik und die große Teilnehmerinnenzahl zeige, wie sehr die gemeinsame Sorge für die Schöpfung die beiden Frauenverbände verbinde.

Dass das Thema des Kongresses für die evangelische und katholische Kirche wichtig ist, zeigten auch die Grußworte von Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, und von Bischof Dr. Wolfgang Huber, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Beide hoben hervor, dass es Aufgabe der Kirchen sei, die Menschen aufmerksam und sensibel für die Schöpfungsthematik zu machen. Ausdrücklich dankten sie den Frauen für ihren Beitrag zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung.

Dennoch ging es nicht vorrangig um Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die evangelischen und katholischen Theologinnen wollten vielmehr die religiöse Dimension der Verantwortung für Gottes Schöpfung erschließen. So stellten Christine Tietz, Professorin an der evangelisch-theologischen Fakultät in Mainz, und Dorothea Sattler, Professorin für ökumenische Theologie und Dogmatik an der Universität Münster, die Frage nach Gott als dem Schöpfer aus Sicht von Theologie und Naturwissenschaften. Sabine Pemsel-Maier, Professorin an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe, näherte sich dem Thema mit dem Blick der feministischen Theologie. „Eine frauenorientierte Schöpfungstheologie hat weit reichende Konsequenzen“, so Pemsel-Maier. „Sie hat Konsequenzen für den Umgang mit sich selbst, den eigenen Bedürfnissen, der eigenen Leiblichkeit, den eigenen Grenzen. Sie hat Konsequenzen für die Haltung gegenüber schwachem, krankem, behindertem, dem Tod geweihten Leben. Sie hat Konsequenzen im Blick auf nachhaltiges Wirtschaften, auf Konsum- und Verbrauchergewohnheiten, auf die Stellung zur Gentechnik. Sie hat schließlich weit reichende Konsequenzen für die gegenwärtige bioethische Diskussion um zentrale Fragen der Reproduktionsmedizin, des Embryonenschutzes, der Sterbehilfe.“

In sechs Arbeitsgruppen vertieften die über 120 Teilnehmerinnen die Facetten der Schöpfungsspiritualität:

- In jeder Geburt ist der Schöpfungsakt Gottes sichtbar (Leitung: Dr. Hanna Strack, Pfarrerin der badischen Landeskirche / Johanna Vogt, Hebamme in Schäftlarn)
- Schöpfung bewahren – erfordert nachhaltiges Denken und Handeln (Leitung: Maja May, Bundesvorsitzende der Landfrauenvereinigung / Lydia Klein, stellv. Verwaltungsratsvorsitzende der Verbraucherzentrale Bayern)
- „Und siehe, es war sehr gut“ – biblische Schöpfungstexte im Vergleich (Leitung: Dorothee Lühr, Pfarrerin der Badischen Landeskirche / Regina Heyder, katholische Theologin, Mitglied der Theologischen Kommission des KDFB)
- Schöpfungsmeditationen – der Schöpfung begegnen und Wege zur Mitte finden (Leitung: Dr. Diana Güntner, theologische Theologin und Sozialpädagogin)
- Hildegard von Bingen – Heil und Heilung als ganzheitlicher kosmischer Prozess (Leitung: Ursula Schell, Diplom-Theologin und Pastoralreferentin / Dr. Claudia Eliass, evangelische Theologin)

- „Lieben und arbeiten“ – Schöpfungsspiritualität politisch (Leitung: Dr. Angelika Sirch, Sozialpädagogin und katholische Theologin).

Mit einem Vortrag über das „Paradiesgärtlein“ als Sinnbild für die Vielfalt und Sinnhaftigkeit des christlichen Glaubens beschloss Margit Eckholt den Kongress. Dabei entwarf sie kein Traumbild. „Unsere Landschaften sind zersiedelte, zerpfügte, abgeerntete und zerstörte, es sind ‚Landschaften aus Schreien‘“, beschrieb sie die Realität. Aber gerade angesichts dieser Bedrohungen sei es notwendig, daran zu erinnern, dass es einen Segen gebe, der auf der Schöpfung liege und der in die Zukunft reiche. Diese Hoffnung verleihe Kraft, sich immer wieder auf den Weg nach Eden zu machen. Im übertragenen Sinn sollten Frauen zu Landschaftsarchitektinnen und Gärtnerinnen zu werden, und Gartenlandschaften gestalten, in denen Verantwortung für die Schöpfung sichtbar und wahrnehmbar werde und Modelle eines guten Lebens gestaltet und vorgelebt würden.

In einer abschließenden Frauenliturgie stellten die Teilnehmerinnen ihre Aufgaben und ihre Verantwortung für die Schöpfung dar.

Alle Referate stehen in Kürze als Download unter www.frauenbund.de zur Verfügung.

Gabriele Klöckner/Ute Hücker

Frauen-Predigtpreis 2008

Im Rahmen des Ökumenischen Frauenkongresses in Augsburg haben der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) und der Deutsche Evangelische Frauenbund (DEF) den diesjährigen Frauen-Predigtpreis an Katharina Barth-Duran (52) verliehen. Die katholische Pastoralreferentin im Erzbistum Freiburg engagiert sich ehrenamtlich als KDFB-Zweigvereinsvorsitzende in Schwaigern/ Bistum Rottenburg-Stuttgart. Sie wurde für ihre Ansprache zum Wettbewerbsthema „Maria“ ausgezeichnet, die sie bei einer ökumenischen Andacht von Frauen für Frauen gehalten hatte (=> Die **Predigt** finden Sie in der Rubrik „Dokumentation“).

Die Schirmherrin des Predigt-Wettbewerbs, Christa Nickels, unterstrich in der Festveranstaltung die Bedeutung von Frauen in der Kirche. „Wenn Kirche lebt, dann durch Frauen, die liebend und mitfühlend im Namen Gottes handeln“, so die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin und Politikerin vom Bündnis 90/Die Grünen. „Wir sollen durch Wort und Tat verkünden, was uns trägt und hält in Kirche und Gesellschaft.“ Nickels ermutigte die Anwesenden, stärker als bisher das Wort in der Kirche zu ergreifen: für den Glauben und die eigene Überzeugung, aber auch für die Bewahrung der Schöpfung.

Die Laudatio auf die preisgekrönte Predigt hielt die ehemalige KDFB-Präsidentin Hanneliese Steichele (=> Die **Laudatio** finden Sie in der Rubrik Dokumentation) . Die Mainzer Theologieprofessorin würdigte die Art, wie die Preisträgerin die ökumenische Marienproblematik aufgegriffen habe. Inhalt und Sprache seien durch eine beeindruckende Echtheit, Glaubwürdigkeit und Schönheit gekennzeichnet, die alle Jury-Mitglieder überzeugt habe.

Katharina Barth-Duran erhielt neben dem mit 2000 Euro dotierten Preis auch einen siebenarmigen Silberleuchter, den die erste Preisträgerin des ökumenischen Frauen-Predigtpreises, Pfarrerin Ilse Bohn aus Bielefeld, als Wanderpreis gestiftet hat. Jury-Vorsitzende und DEF-Vorstandsmitglied Dorothee Löhr verband mit der Weitergabe die Bitte, niemals das Licht unter den Scheffel zu stellen, sondern in die Welt zu tragen.

Ute Hücker/gk

Geschäftsstelle / Vorstand

Frauenfriedenswallfahrt 2009

An das 80jährige Bestehen der Frauenfriedenskirche in Frankfurt erinnert die Frauenfriedenswallfahrt des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), die am 16. Mai stattfindet. Sie steht unter dem Thema „Heute in der Schöpfung leben – verwurzelt im Frieden“. Die Wallfahrt beginnt um 11 Uhr und endet nach der Eucharistiefeier gegen 16.00 Uhr.

Bereits 1916 hatte die damalige KDFB-Präsidentin und Politikerin Hedwig Dransfeld den Plan zum Bau einer Friedenskirche entwickelt, die ein steinernes Friedensgebet und gleichzeitig eine Gedenkstätte für die Gefallenen des ersten Weltkrieges werden sollte. 1918 gründete sie einen Arbeitsausschuss, dem nach und nach 18 katholische Frauenorganisationen beitraten. Ende 1919 hatten die Frauen ein Stiftungsvermögen von über 860.000 Mark für den Bau der Kirche gesammelt, das jedoch durch die Inflation wieder verloren ging. Geblieben ist lediglich das Grundstück in der Diaspora-Gemeinde Frankfurt-Bockenheim. Nach einer neuen Sammlung konnte am 5. Mai 1929 die von dem Stuttgarter Architekten Hans Herkommer (1887-1956) gebaute Frauenfriedenskirche eingeweiht werden.

Gabriele Klöckner

„Um Go!ttes Willen? Wir engagieren uns“

Unter diesem Titel laden das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) sowie katholische und evangelische Verbände zu einer Fachtagung ein, die am 30./31. Januar im Maternushaus in Köln stattfindet. In Vorträgen und Foren soll aufgezeigt werden, wie stark und vielfältig das freiwillige Engagement von ChristInnen in Kirche und Gesellschaft ist. Eines der neun Foren wird von KDFB-Vizepräsidentin Elfriede Schießleder moderiert. Außerdem wird das Projekt „Patengroßeltern für Kinder von Studierenden“ des Diözesanverbandes Regensburg vorgestellt. Weitere Informationen zum Programm und Anmeldung im Internet unter www.wir-engagieren-uns.org gk

Gespräch mit Familienministerin von der Leyen

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hatte beim Katholikentag in Osnabrück den Frauenbundsstand besucht und dabei ein Treffen in Berlin angeregt, um sich ausführlicher über die Themen zu informieren, die katholischen Frauenverbänden wichtig sind. Dieses Gespräch, zu dem neben dem Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB) auch Vertreterinnen der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) eingeladen waren, hat Ende November stattgefunden.

KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach und Bundesgeschäftsführerin Christiane Fuchs-Pellmann haben die Themen Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, Elterngeld bei Teilzeitarbeit beider Elternteile und die religionssensible Erziehung in Kindertagesstätten eingebracht. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sei gerade aus Frauenperspektive ein wichtiges Anliegen, so die Ministerin. Daher werde es von ihr unterstützt. Weitere Themen des Gesprächs waren der berufliche Wiedereinstieg von Frauen, die Erhöhung des Kindergeldes sowie frühe Hilfen für junge Familien.

Gabriele Klöckner

Neue Pressereferentin des KDFB

Seit dem 17. Oktober 2008 ist Ute Hücker als neue Pressereferentin in der KDFB-Bundesgeschäftsstelle tätig. Die Diplom-Sozialpädagogin und Referentin für Unternehmenskommunikation stammt aus dem Sauerland und war viele Jahre hauptberuflich im Erzbistum Paderborn tätig: als Diözesanreferentin der KJG und als Vorstandsreferentin beim BDKJ. Danach übernahm sie die Funktion der Pressereferentin beim Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken, dem in Paderborn ansässigen Diaspora-Hilfswerk für Deutschland, Nordeuropa und das Baltikum.

„Verband verbindet“, sagt die Jetzt-Kölnerin. „Deshalb freue mich sehr, wieder in einem Verband zu arbeiten. Mit dem KDFB habe ich schon zu Jugendverbandszeiten geliebäugelt, denn ich habe Parallelen in der engagierten Mitgestaltung von Kirche und Gesellschaft gesehen. Wie schön, dass ich jetzt beim Frauenbund angekommen bin und den Verband durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen kann.“

ZdK wählte 45 Einzelpersonlichkeiten

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat Ende November bei seiner Herbstvollversammlung in Bonn 45 Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Gesellschaft gewählt und ist damit wieder komplett besetzt. Das ZdK hat insgesamt rund 230 Mitglieder. 97 Mitglieder werden von der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen Deutschlands (AGKOD) gewählt, 84 Mitglieder kommen aus den Diözesanräten. Zu den auf vier Jahre gewählten Einzelpersonlichkeiten zählen die KDFB-Frauen Sabine Demel, Maria Eichhorn, Marianne Heimbach-Steins, Claudia Lücking-Michel, Dagmar Mensink und Barbara Stamm. Gewählt wurden auch Barbara Hendricks und Joseph Winkler (beides Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung Katholischer Deutscher Frauenbund) und Christa Nickels (Schirmherrin des Ökumenischen Frauenkongresses von KDFB und DEF). *gk*

Stiftung Katholischer Deutscher Frauenbund

Stiftungsrolle vorgestellt - Kuratorium tagte in Köln

Im vergangenen Jahr hat die Stiftung Katholischer Deutscher Frauenbund ihre Arbeit aufgenommen. Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung des KDFB bei der Verwirklichung seiner verbandlichen Ziele. Die Stiftung lebt von einem soliden Fundament des Stiftungsvermögens, aus dessen Zinserträgen Projekte des KDFB gefördert werden sollen. Viele Zustifterinnen und Zustifter haben dazu beigetragen, dass das Stiftungsvermögen mit dem Jahreswechsel 2007/2008 die 50.000 Euro-Grenze überschritten hat.

Beim Bundesausschuss in Bonn wurde nun ein Kunstwerk vorgestellt, das die Stiftungsrolle enthält. Mehrere Frauenbundsfrauen des Jahrgangs 1957 haben das von Claudia Nietsch-Ochs entworfene Kunstwerk der Stiftung geschenkt. Zwei Schalen halten die Stifterrolle, auf der die Namen aller Zustifter und Zustifterinnen aufgeschrieben werden. Die beiden Seiten symbolisieren die Gebende und die Nehmende. Bewusst wurden mit Holz und Metall zwei unterschiedliche Materialien gewählt.

Ende Oktober tagte unter der Leitung von Claudia Lücking-Michel das Stiftungs-Kuratorium in Köln. Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Bundesausschuss für vier Jahre berufen. Aufgabe dieses Gremiums ist es, den Stiftungsvorstand zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass das Vermögen der Stiftung weiter wächst und somit zunehmend mehr Projekte des Frauenbundes unterstützt werden können.

So können Sie die Frauenbund-Stiftung unterstützen:

- durch Zuwendungen unter dem Stichwort „Zustiftung“ auf das Konto 842 842 bei der Pax Bank Köln (BZL 370 601 93); das können einmalige Zustiftungen sein oder eine Förderung über regelmäßige Überweisungen; auch kleinere Beträge zur Zukunftssicherung bei;
- durch Anlass- und Geburtstagsstiftungen;
- indem Sie Frauen in Ihrem Zweigverein und Bekanntenkreis auf die Stiftung aufmerksam machen.

Weitere Informationen erhalten Sie in der Bundesgeschäftsstelle. Die Stiftung ist als gemeinnützig anerkannt. Wer Namen und vollständige Adresse leserlich angibt, erhält eine Spendenquittung.

Gabriele Klöckner

Mitglieder des Kuratoriums:

- Dr. Claudia Lücking-Michel (ehemalige Vizepräsidentin des KDFB und Generalsekretärin des Cusanuswerks in Bonn)
- Dr. Barbara Hendricks (Schatzmeisterin der SPD)
- Andreas Schröder (Leiter Bereich Stiftungen LIGA Bank Regensburg)
- Dr. Hanneliese Steichele (ehemalige KDFB-Präsidentin und emeritierte Professorin für Altes und neues Testament an der Katholischen Fachhochschule Mainz)
- Manfred Sonnenschein (Vorstandsmitglied der Bank im Bistum Essen)
- Dr. Hans Wendtner (ehemaliger Leiter der Geschäftsstelle des Verbandes der Diözesen Deutschlands).
- Josef Winkler MdB (kirchenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen)

Pressemitteilungen**KDFB fordert Erreichung der Millenniumsziele**

Köln, 25.09.2008 - Anlässlich des UN-Gipfels zu den Millenniumszielen am 25. September 2008 in New York blickt der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) besorgt auf die alarmierenden Zahlen im aktuellen UN-Bericht. Von den 1,4 Milliarden Menschen, die in extremer Armut leben, sind 70% Frauen. Sie leiden besonders unter den verheerenden Folgen der globalen Nahrungsmittel- und Finanzkrise und unter den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels.

Der Frauenbund fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt für die Erreichung der Ziele einzusetzen. „Als große Industrienation gehört auch Deutschland zu den Verursachern des Klimawandels“, stellt Ingrid Fischbach, Präsidentin des Frauenbundes, fest. „Es ist wichtig, Frauen in den Entwicklungsländern zu stärken, Not zu lindern und sich für Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen.“ Ebenso wichtig ist ihr, sich konsequent für den Klimaschutz einzusetzen. Globales Denken und Handeln sei gefordert – von der Bundesregierung, vom Frauenbund, von jedem Einzelnen.

Als Mitglied der deutschen Sektion von UNIFEM, dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen, unterstützt der KDFB deren Kampagne „Frauen geben 8“, die parallel zum UN-Gipfel startet. Damit wird besonders das dritte der acht Millenniumsziele – die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau – in den Mittelpunkt gestellt. Es gilt als Grundvoraussetzung für die Verwirklichung aller übrigen Ziele.

Weitere Informationen unter: www.unifem.de

Redaktion: Gabriele Klöckner

Gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung**KDFB unterstützt Interkulturelle Woche**

Köln, 25.09.2008 - Das Motto „Teilhabe – Teil werden!“ greife die Grundaussagen der KDFB-Erklärung „Bildung und Ausbildung – Schlüssel für gelingende Integration“ aus dem Jahr 2007 auf, so Ingrid Fischbach, Präsidentin des Frauenbundes. „Wir begrüßen die verstärkten Bemühungen der Kirchen um Integration und wollen als katholischer Frauenverband unseren Beitrag dazu leisten“, stellt Fischbach fest. Der interkulturelle und interreligiöse Dialog stehe dabei im Mittelpunkt der verbandlichen Aktivitäten und lenke den Blick auf die Lebenssituation von Migrantinnen.

In Deutschland leben derzeit rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Viele haben ihren Platz in der Gesellschaft gefunden, tragen zur kulturellen Vielfalt und zur Stärkung der Wirtschaft bei. Aber es gibt auch massive Integrationsprobleme, vor allem in sozialen Brennpunkten. Ungenügende Kenntnisse der deutschen Sprache, mangelnde Bildung und Ausbildung sowie Arbeitslosigkeit erschweren die Integration. Davon sind besonders Frauen und Mädchen betroffen.

Seit seiner Gründung 1903 setzt sich der Frauenbund für die Teilhabe von Frauen und Mädchen an Chancengleichheit und Frauenrechten ein. Im Hinblick auf Migrantinnen bedeutet dies, das Recht auf Bildung lebenslang zu fordern und zu fördern. Dabei sind Sprachkurse und Bildungsangebote unerlässlich für eine gelingende Integration. Der Frauenbund will seine Bemühungen um den interkulturellen und auch interreligiösen Dialog verstärken. Dies geschieht z.B. durch internationale Gesprächskreise und Mutter-Kind-Gruppen, gegenseitige Besuche von Kirchen, Moscheen und Synagogen oder durch interkulturelle Projekte.

„Zusammenleben und Teil der Gesellschaft werden ist ein wechselseitiger Prozess, der von allen Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden muss“, erklärt KDFB-Präsidentin Fischbach. Es gehe um ein Zusammenleben in Vielfalt, um eine Wertschätzung des Anderen, um eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Dieser Prozess erfordert ein hohes Maß an Offenheit, gegenseitigem Respekt und Toleranz, der durch die Interkulturelle Woche seinen Ausdruck findet.

Redaktion: Gabriele Klöckner

Frauenverbände fordern Hilfe für irakische Christen

KDFB und kfd appellieren an Bundeskanzlerin

Köln/Düsseldorf, 25.09.2008 - Die Vorsitzenden der beiden großen katholischen Frauenverbände in Deutschland, Ingrid Fischbach (Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB)) und Maria Theresia Opladen (Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)) haben in einem gemeinsamen Schreiben eindringlich an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel appelliert, sich weiterhin für die Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Europa einzusetzen. Dieser Appell behält seine Dringlichkeit, nachdem die EU-Innenminister den Beschluss über die Aufnahme heute erneut vertagt haben.

Die lebensbedrohliche Situation religiöser Minderheiten im Irak ist unverändert brisant. Täglich müssen irakische Christinnen und Christen aus Angst vor Entführungen, gewaltsamen Übergriffen, Plünderungen und Mord ihre Heimat verlassen. „Sie haben keine Sicherheiten und besonders die Lage der Frauen ist besorgniserregend“, mahnen Fischbach und Opladen. Schon jetzt seien die Aufnahmestaaten Syrien und Jordanien mit mehr als zwei Millionen Flüchtlingen überfordert. Die Vorsitzenden der beiden Frauenverbände fordern die Bundeskanzlerin auf, ein deutliches Zeichen zu setzen und durch schnelles Handeln Not zu wenden. Deutschland solle dabei mit gutem Beispiel vorangehen, falls auf europäischer Ebene keine gemeinsame Aufnahmelösung gefunden wird.

Die katholischen Frauenverbände unterstützen mit ihrem Schreiben die Forderung der Deutschen Bischofskonferenz an die Bundesregierung, sich für die Aufnahme verfolgter irakischer Christen und anderer religiöser Minderheitsgruppen einzusetzen.

Redaktion: Gabriele Klöckner

KDFB unterstützt Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“

„Für den Katholischen Deutschen Frauenbund ist es selbstverständlich, die bundesweite Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“ zu unterstützen. Sie greift nämlich das auf, was der KDFB seit 1903 tut: Frauen für die Mitgestaltung von Politik, Kirche und Gesellschaft zu motivieren und ihre Interessen zu vertreten“, stellt Ingrid Fischbach, Präsidentin des Verbandes, fest.

Frauenbundsfrauen sollten sich ihrer Meinung nach stets dort einmischen, wo es um Gleichberechtigung und aktive Teilhabe geht. Spezifische weibliche Sichtweisen, Erfahrungen und Qualifikationen würden in der Politik oft fehlen. „Unsere Gemeinden und Städte brauchen kompetente Frauen, die gemeinsam mit Männern Gegenwart und Zukunft gestalten und damit Demokratie Wirklichkeit werden lassen“, so Fischbach.

Bis Mai 2009 finden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt. Da laut Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen in den ehrenamtlich arbeitenden Stadt- und Gemeinderäten sowie in den Kreistagen nur etwa 25% Frauen zu finden sind, soll durch diese überparteiliche Kampagne ein stärkeres kommunal-politisches Engagement von Frauen erreicht werden. „Wir brauchen in Deutschland mehr Frauen in den Rathäusern“, lautet das Fazit der Ministerin.

Die Aktion knüpft inhaltlich an das 90jährige Bestehen des Frauenwahlrechts (November 2008) und an 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz (Mai 2009) an.

Begleitet wird die Kampagne durch Plakate, Broschüren, Postkarten, Flyer, Presse- und Medienarbeit. Das Internetportal www.frauen-macht-kommune.de hält weitere Informationen bereit, u.a. über Aktionstage in Bundesländern und Kommunen. Verschaffen Sie sich einen Überblick, wo in Ihrer Region eine Aktion stattfindet.

Zum Herunterladen finden Sie dort:

- Erklärung zur Förderung des Engagements und der politischen Beteiligung von Frauen
- Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner (Organisationen und Dachverbände)

Wie mehr Frauen den Weg in die Kommunalpolitik finden können, zeigt die Aktion „Frauen! Macht Politik!“ des Bayerischen Landesverbandes des KDFB zur Kommunalwahl 2008. Unter www.frauenbund-bayern.de/wahl2008 befinden sich praktische Tipps, Denkanstöße und weiterführende Informationen.

Redaktion: Ute Hücker, Pressereferentin

90 Jahre Frauenwahlrecht

Köln, 12.11.2008 – „Dass am 12. November 1918 das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt wurde, ist auch ein Verdienst des katholischen Frauenbundes“, stellt Ingrid Fischbach, Präsidentin des 1903 gegründeten Frauenverbandes fest. Der 90. Jahrestag erinnere deshalb an das politische Engagement damaliger Frauenbundsfrauen, die schon lange vor den ersten Wahlen zur Nationalversammlung politische Schulungskurse für Frauen veranstalteten. Nicht folgenlos: 37 weibliche von insgesamt 423 Abgeordneten schafften den Einzug ins Parlament.

Ein Grundprinzip des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB) ist, auf Herausforderungen der Zeit zu reagieren und Gesellschaft und Politik aktiv mitzugestalten. Frauen sollen sich überall dort einmischen, wo es um Gleichberechtigung und Chancengleichheit geht. „Der Jahrestag des Frauenwahlrechts fordert zum Engagement auf. Wir brauchen Frauen, die sich als Kandidatin für ein Amt zur Verfügung stellen. Genauso wichtig ist es, dass viele Frauen wählen gehen“, so Fischbach. Die bevorstehenden Wahlen 2009 auf Kommunal-, Bundes- und Europalebene seien daher eine Chance zur Mitbestimmung.

Auch die kürzlich gestartete bundesweite Aktion „FRAUEN MACHT KOMMUNE“ knüpft inhaltlich an das 90-jährige Bestehen des Frauenwahlrechts an. Frauen sollen motiviert werden, sich mit Wahlen und Formen der Einflussnahme auf kommunaler Ebene auseinander zu setzen. In diesem Zusammenhang wies die KDFB-Präsidentin auf die erfolgreiche Aktion des KDFB-Landesverbandes Bayern zur Kommunalwahl 2008 hin. Die Beteiligung von Frauen sei nachweislich gestiegen und habe zu Veränderungen in Gemeinden und Städten geführt.

Redaktion: Ute Hücker, Pressereferentin

Weitere Informationen zum Frauenwahlrecht auf der Internetseite des Bundesfrauenministeriums: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/mag/root-dezember-4.html>

Elterngeld bei Teilzeitarbeit unattraktiv

Frauenbund fordert Nachbesserungen

Köln, 17.11.2008 - Der Deutsche Bundestag hat am 13. November 2008 in zweiter und dritter Lesung über das erste Änderungsgesetz zum Bundeselterngeldgesetz beraten. Die Änderungen hält der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) für unzureichend und fordert deshalb wie der Deutsche Frauenrat Nachbesserungen.

Die Präsidentin des Frauenbundes, Ingrid Fischbach: „Der KDFB-Bundesausschuss hat sich am 24./25. Oktober 2008 mit dem Thema „Entgeltgleichheit“ befasst. Eine unserer Forderungen an die Politik lautet, sich für eine Ausweitung der Vätermonate bis hin zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit sowie die Überarbeitung der Regelung bei doppelter Teilzeit der Eltern (Anspruchsverbrauch) einzusetzen. Frauenbundsfrauen wollen hier eine notwendige Gleichbehandlung, zum Wohl der Eltern und des Kindes.“

Wenn beide Elternteile ihre Arbeitszeit und damit das Einkommen, das der Berechnung des Elterngeldes zugrunde liegt, um die Hälfte reduzieren, ist ihr gesamter Elterngeldanspruch mit dem 7. Lebensmonat des Kindes erschöpft. Nach Einschätzung des KDFB verhindert diese gegenwärtige Ausgestaltung des Elterngeldes die partnerschaftliche Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung bei Eltern, die beide in Teilzeit arbeiten. Dies sei finanziell völlig unattraktiv. Das Gesetz fördere damit einseitig die vorrangige Erziehung des Kindes durch einen Elternteil und schmälere zudem die Arbeitsmarktchancen von Frauen. Der Frauenbund fordert deshalb deutliche Nachbesserungen.

Redaktion: Ute Hücker, Pressereferentin

Gewalt gegen Frauen bleibt ein aktuelles Thema

Katholische Frauenverbände fordern bundesweite Notrufnummer

Düsseldorf, 24. November 2008 - Anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen fordern die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) die Bundesregierung noch einmal nachdrücklich dazu auf, die im Aktionsplan vom September 2007 angekündigte bundeseinheitliche Notrufnummer einzurichten. Diese soll bedrohten Frauen den Weg zu Hilfsangeboten in ihrer Nähe weisen und Hemmschwellen abbauen.

Gewalt ist nach Ansicht der Verbände nicht privat und darf nicht verschwiegen werden. Sie macht krank und verursacht langfristige körperliche und seelische Beeinträchtigungen. Betroffene leiden oft ein Leben lang daran. Beispielsweise können sich zurückliegende Gewalterfahrungen dramatisch auswirken, wenn die Frauen pflegebedürftig werden. Denn dann sind sie körperlichen Eingriffen wieder hilflos ausgeliefert, so dass traumatische Erlebnisse lebendig werden. Gewalt gegen Frauen muss deshalb auch in der Pflege thematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund setzen sich die Verbände dafür ein, Gewalt gegen Frauen gesellschaftlich zu ächten. Sie wollen Frauen ermutigen, sich zu wehren und Beratung und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies kann dauerhaft nur gelingen, wenn die bestehenden Hilfsangebote nachhaltig gesichert und weiter – wie z.B. die bundeseinheitliche Notrufnummer- aufgebaut werden.

Die drei katholischen Frauenverbände engagieren sich auf unterschiedlichen Ebenen gegen Gewalt an Frauen. So bietet der SkF als Frauenfachverband und Träger von 36 Frauenhäusern im Jahr über 2000 Frauen und ebenso vielen Kindern Schutz und Unterstützung. Darüber hinaus unterhält er an vielen Orten Interventionsstellen. Die kfd, mit rund 620 000 Mitgliedern der größte katholische Frauenverband, greift das Thema seit zwei Jahren mit ihrem Programm „Häusliche Gewalt ist kein Schicksal!“ immer wieder auf und weist auf örtliche Hilfsangebote hin. Sexualisierte Gewalt in kriegerischen Auseinandersetzungen spricht insbesondere der KDFB in Kooperation mit medica mondiale an, der die aktuelle Situation von Frauen in den Krisengebieten der Welt beobachtet und die Bundesregierung zum Handeln auffordert.

Redaktion: Ute Hücker, Pressereferentin

Keine verdeckte Steuererhöhung für Familien!

Katholische Verbände kritisieren Familienleistungsgesetz als unzureichend

Köln/Berlin, 04. Dezember 2008 – Anlässlich der heutigen 2. und 3. Lesung des Familienleistungsgesetzes im Deutschen Bundestag haben zehn große katholische Verbände - darunter der KDFB - das Gesetz erneut als unzureichend kritisiert. Der Beschluss komme einer verdeckten Steuererhöhung für Familien gleich, so die Verbände heute in Berlin. Die geplanten Erhöhungen des Kinderfreibetrages um rund 200 Euro und des Kindergeldes um 10 bzw. 16 Euro reichten nicht aus, um die Steigerung der Lebenshaltungskosten der vergangenen Jahre auszugleichen.

Nach Berechnungen der katholischen Organisationen müssen Eltern heute rund 18 Prozent mehr für den Mindestlebensunterhalt ihrer Kinder bezahlen als im Jahr 2002, als Kinderfreibetrag und Kindergeld zuletzt erhöht worden waren. Die Verbände fordern deshalb, den Kinderfreibetrag um rund 1.000 auf 6.829 Euro und das Kindergeld für das erste bis dritte Kind um 28 Euro, für jedes weitere um 32 Euro zu erhöhen. Die Bundesregierung dürfe Eltern nicht länger ihr vom Bundesverfassungsgericht zuerkanntes Recht verweigern, auf das Existenzminimum ihrer Kinder keine Steuern zahlen zu müssen, so die Verbände.

Zu den Unterzeichnern gehören:

- Familienbund der Katholiken (FdK)
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB)
- Kolpingwerk Deutschland (Kolping)
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)
- Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)
- Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB)
- Arbeitsgemeinschaft für kath. Familienbildung (AKF)
- Bundesarbeitsgemeinschaft kath. Familienbildungsstätten (BAGFBS)
- Bund Neudeutschland (ND)/Gemeinschaft kath. Männer und Frauen (KMF)
- Katholische Elternschaft Deutschlands (KED)

KDFB fordert deutlichen Einsatz für den Klimaschutz

Köln, 5.12.2008 - Die Bekämpfung des Klimawandels kann nach Einschätzung des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB) nur gelingen, wenn sich Bundesregierung, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft für einen starken Klimaschutz einsetzen. „Die Klima- und Energiepolitik muss weiter konsequent fortgesetzt werden“, sagte die KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach im Hinblick auf den weltweiten Klimaaktionstag am 6. Dezember, der parallel zur UN-Klimakonferenz stattfindet. Der Verband appelliert an alle Verantwortlichen, die Reduktion der Treibhausgasemissionen stärker als bisher voranzutreiben. Erst dann könne das Klimaschutzziel 2020 erreicht werden.

Der KDFB-Bundesausschuss ruft deshalb die Bundesregierung dazu auf, ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, das folgende Punkte berücksichtigt: Änderung der Förderpolitik, um weitere Klimaschädigungen zu mindern; zügiger Ausbau erneuerbarer Energien; Festhalten am beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergienutzung; stärkere Fokussierung der Forschung auf dem Gebiet neuer Energietechniken; Gewinnung und Einsatz von Biomasse unter nachhaltigen Kriterien; Einführung eines generellen Tempos „130“ auf Autobahnen.

Gleichzeitig verpflichtet sich der Frauenbund zum aktiven Klimaschutz. „Wir können nicht von Politik und Wirtschaft etwas fordern und selbst nichts tun. Das entspricht nicht unserer Verantwortung für die Schöpfung und für die kommenden Generationen“, so Fischbach. Deshalb wird sich der Frauenbund in den kommenden zwei Jahren auf allen Ebenen intensiv mit der Thematik beschäftigen. Politische und kirchliche Lobbyarbeit ist dabei unverzichtbarer Bestandteil einer umweltbewussten Zukunftsarbeit.

Das jüngst beschlossene KDFB-Projekt „Frauen für den Klimaschutz“ lädt alle 220.000 Mitglieder des Frauenbundes zur Beteiligung an bundesweiten Aktionen ein. „Wir müssen unsere Positionen in der öffentlichen Klimadebatte energisch vertreten, Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienten Energienutzung ergreifen sowie die Bewusstseinsbildung in energiepolitischen Fragen forcieren und zu konkretem Handeln motivieren“, begründet KDFB-Präsidentin Fischbach das Engagement des Frauenverbandes.

Redaktion: Ute Hücker, Pressereferentin

KDFB zum Internationalen Tag des Ehrenamtes

Neue Chancen durch ehrenamtliches Engagement

Köln, 5.12.2008 – „Ehrenamtliches Engagement macht Frauen stark und eröffnet neue Perspektiven – persönlich, beruflich, gesellschaftlich“, stellt Ingrid Fischbach, Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB), zum Internationalen Tag des Ehrenamtes fest. Über 220.000 Frauen engagieren sich bundesweit auf allen Ebenen in dem 1903 gegründeten Frauenverband. Viele qualifizieren sich in ihrer Freizeit für ihre ehrenamtlichen Aufgaben, sei es für die Leitung eines Zweigvereines, für die Öffentlichkeitsarbeit oder für das Amt der Geistlichen Beirätin. „Dadurch erwerben die Frauen Kompetenzen, die sich auch bei einem beruflichen Wiedereinstieg positiv auswirken“, so Fischbach. Ehrenamtliches Engagement müsse in der Gesellschaft noch stärker gewürdigt und gefördert werden. Besonders im beruflichen Sektor sollte der uneigennützig, freiwillige Dienst noch deutlicher anerkannt werden. Und weiter: „Frauen, die sich für das Ehrenamt weiterbilden, geben ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten ja nicht an der Bürotür ab, sondern bringen sie in das Unternehmen ein. Deshalb sind sie ein Gewinn für alle, die mit ihnen zu tun haben.“

Dass die Qualifizierung für eine ehrenamtliche Tätigkeit lohnenswert ist und dabei der persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung dient, betont auch Dr. Elfriede Schießleder, KDFB-Vizepräsidentin und Ehrenamtsbeauftragte des Frauenbundes. „Ich kenne eine Reihe von Frauen, die aufgrund ihrer ehrenamtlichen Arbeit eine neue berufliche Tätigkeit gefunden haben, z.B. als Familienpflegerin oder in der Personalabteilung kleiner oder mittelständischer Unternehmen. Ihr soziales Engagement und ihre Fähigkeit, Gruppen zu führen und Aufgaben zielgerichtet zu erledigen, ist eine Bereicherung für die Frau selbst, für den Beruf und für die Gesellschaft.“

Der Bayerische Landesverband des KDFB hat in Kooperation mit anderen Verbänden und dem Bayerischen Sozialministerium den „Ehrenamtsnachweis Bayern. Engagiert im sozialen Bereich“ initiiert, um neue Formen der Würdigung und Förderung ehrenamtlichen Handelns zu erschließen. Dadurch können auch Vorteile für das Erwerbsleben erzielt werden.

Redaktion: Ute Hücker, Pressereferentin

Menschenrechte sind auch Frauenrechte

KDFB fordert Gleichheit und Gerechtigkeit

Köln, 9.12.2008 - Zum 60. Jahrestag der Menschenrechte am 10. Dezember stellt der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) fest, dass die Situation von Frauen und Mädchen weltweit immer noch durch Diskriminierung, Gewalt und Ungleichheit gekennzeichnet ist. „Dabei ist in der Erklärung der Vereinten Nationen von 1948 die Gleichberechtigung der Geschlechter ausdrücklich erwähnt“, stellt Ingrid Fischbach, Präsidentin des 220.000 Mitglieder starken Frauenverbandes fest.

Der Frauenbund verurteilt diese Situation, denn Frauen und Männer sind gleichermaßen mit Würde ausgestattet. Menschenrechte sind deshalb unteilbar, auch wenn dies in der Gesellschaft und in der Welt immer noch nicht realisiert ist. Für Chancengleichheit, Frieden und Gerechtigkeit zu sorgen bleibe deshalb Auftrag an Politik, Wirtschaft und Kirche. „Als Frauenverband und als Christinnen dürfen wir nicht untätig sein, sondern müssen uns immer wieder als Anwältinnen für Frauen verstehen und für die Beseitigung von Ungleichheit kämpfen. Unser besonderes Engagement gilt all jenen Frauen, die gewaltsam unterdrückt, minderbewertet, missachtet und misshandelt werden“, sagte KDFB-Präsidentin Fischbach. Konkret zeigt sich dies bei der Unterstützung der Frauenrechtsorganisation medica mondiale e.V. sowie durch die Mitgliedschaft bei UNIFEM, dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen an Frauen und Mädchen spiegeln wider, dass ihnen ihr Status als Trägerinnen von Menschenrechten faktisch immer noch streitig gemacht wird. Dies zeigt sich z. B. darin, dass in allen Gesellschaften und Schichten Frauen und Mädchen physischen und psychischen Misshandlungen ausgesetzt sind, sowohl in der Familie als auch im öffentlichen Bereich. Gerade in Kriegs- und Krisensituationen erleiden sie vielfältige Formen direkter Gewalt durch Vergewaltigungen, Folter, Verstümmelungen, Prostitution. Erschütternd ist auch, dass zwei Drittel der Ärmsten der Welt Frauen sind und dass ihnen die in den Menschenrechtskonventionen verbrieften Grundrechte insbesondere auf Gesundheit und Bildung verwehrt werden.

Redaktion: Ute Hücker, Pressereferentin

Zeitschrift: Themenvorschau

Heft 01/09

- Vielfalt der Generationen im Frauenbund (Susanne Zehetbauer/Gaby Klöckner)
- Moderne Kunst in der Kirche (Maria Sileny)
- Politikverdrossenheit – 90 Jahre Frauenwahlrecht (Eva Gras)

Heft 02/09

- Weltgebetstag: Papua-Neuguinea (Karin Schott)
- Weiterbildung ab 50 (Gaby Klöckner)
- Paulus – Einfluss auf die Diskriminierung von Frauen (Anne Granda)

Heft 03/09

- Schuld (und Beichte) (Susanne Zehetbauer)
- Töchter übernehmen elterliche Unternehmen (Maria Sileny)
- Ehevertrag (Claudia Klement-Rückel)

Haben Sie Anregungen zu den einzelnen Themen (fachkompetente Interviewpartnerinnen; Projekte im Frauenbund, Buchhinweise ...)? Dann melden Sie sich bitte bei der Redaktion:

Redaktionsbüro Köln/Geldern:
Tel. 02831/ 9 44 72, Fax: 02831/ 22 84,
Email: gabriele.kloeckner@t-online.de

Redaktionsbüro München:
Tel. 089/28 62 37 30, Fax: 089/28 62 37 33, Email: engagiert@t-online.de